



Eurokrise: Merkel täuscht

In einer Zeit großer Unsicherheiten und Umbrüche stehen wir wie keine andere deutsche Partei für die europäische Einigung. Wir wollen ein erneuertes Bündnis, einen neuen starken Bund für Europa, in dem gilt: alle für einen, einer für alle. Nicht das Schielen auf nationalen Populismus, sondern gemeinsame Verantwortung für den Euro und die Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft mit Impulsen für neues, nachhaltiges Wachstum führen Europa aus der Krise.

Der vorerst letzte einer Serie von Euro-Krisen-Gipfeln in 2011 vergangene Woche war ein Fiasko. Wir haben es Kanzlerin Merkel vorher gesagt: Simulierte Politik hilft nicht weiter. Ersatzhandlungen statt Problemlösungen verschlimmern die Lage. Die Finanzanalysten haben das Märchen von der Krisenbewältigung gnadenlos durchschaut: Keine Einigkeit, sondern Zeichen der Spaltung Europas, kein Signal der gemeinsamen Haftung, keine Klarheit über die Rolle der EZB, wortreiche Nebel über Vertragsänderungen und Sanktionen, aber keine Aussicht auf eine Lösung der akuten Schuldenfrage.

Die große Täuschung, mit der Merkel die Öffentlichkeit an der Nase herumführen will, betrifft die Rolle der Europäischen Zentralbank, die dort handelt, wo die Regierungen Handeln verweigern. Hier hat der Gipfel das absurde Theater fortgesetzt. Alle Rettungsmechanismen, die EFSF und der künftige ESM, sollen an die EZB gebunden werden. Wie genau, weiß keiner. Merkel will das um jeden Preis verbergen. Die Deutsche Bundesbank hat darauf mit einem beispiellosen Hilferuf an den Bundestag reagiert. Aus dem Vorstand der Bundesbank wurde das Parlament aufgefordert, diesen Deal aus dem Schatten der Heimlichtuerei herauszuholen und mit einer klaren politischen Entscheidung abzusichern. Wir schließen uns dieser Forderung an. Längst geht es bei der Krisenbewältigung nur noch darum, was die Koalition in Deutschland aushält und was sie nicht aushält. Schwarz-Gelb bewegt sich auf Messers Schneide.

154 – Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu der Abgabe einer Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 8./9. Dezember 2011 in Brüssel

Energieeffizienz so wichtig wie Erneuerbare Energien

Die Steigerung der Energieeffizienz ist neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien der Kernpunkt jeder stringenten Energiepolitik, die als so genannte Energiewende zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele Deutschlands und Europas beitragen möchte.

Die deutsche Volkswirtschaft mit ihrem vergleichsweise großen Anteil an produzierendem Gewerbe muss ihre Wettbewerbsfähigkeit bei tendenziell steigenden Energiekosten bewahren. In der Steigerung der Energieeffizienz liegt daher ein zentraler Schlüssel für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Wir begrüßen die mit dem Richtlinienvorschlag zur Energieeffizienz der EU-Kommission vom Juni 2011 verfolgte Zielsetzung, sowohl die Effizienz bei der Energienutzung in Gebäuden, bei Produkten und Prozessen zu steigern als auch die Effizienz bei der Energieversorgung im Zusammenhang mit der Wärme- und Kälteversorgung, der Energieumwandlung und der Energieübertragung und -verteilung stärker zu nutzen.

Ohne entschiedenes Handeln auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene können die Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Senkung des Primärenergieverbrauchs jedoch nicht annähernd erreicht werden. Gerade die deutsche Energie- und Klimapolitik verlöre ihre Glaubwürdigkeit, die Volkswirtschaft wäre mit steigenden Importkosten belastet und die deutsche Wirtschaft verlöre einen großen Teil ihrer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit.

155 – Antrag der SPD-Bundestagsfraktion "Die europäische Energieeffizienzrichtlinie wirkungsvoll ausgestalten"



Der Beschluss von Durban reicht nicht

Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen hat in Durban beschlossen, bis spätestens 2015 ein Abkommen zu vereinbaren, das auch die Klimaziele von Nicht-Kyoto-Staaten erfasst und ab 2020 in Kraft tritt. Es wurde eine zweite Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll beschlossen. Minderungsziele wurden in Durban nicht beschlossen und sollen bis Mai 2012 angefügt werden. Für den Green Climate Fund (GCF) wurde ein Arbeitsprogramm für 2012 beschlossen, um ihn funktionsfähig zu machen. Der Grüne Klimafonds soll dazu beitragen, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländer bereitzustellen.

Der Beschluss von Durban ist bei weitem nicht ausreichend. Er ist ein Schritt, aber in der Substanz viel zu wenig, auch wenn die kleinen Fortschritte wie bei der Organisation des Klimafonds in die richtige Richtung gehen. Es ist aber auch nach Durban vollkommen unklar, ob es ein wirklich rechtsverbindliches Abkommen geben wird. Die Zeitachse ist viel zu lang. Die Verbindlichkeit der Untersuchungsergebnisse des Weltklimarats IPCC für den Prozess sind verwässert, die Herkunft der Mittel für den Klimafonds völlig ungeklärt.

Bei aller gerechtfertigten Kritik am Ergebnis ist aber auf der Konferenz eine neue Weltlage sichtbar geworden. Die Dynamik mit der sich einzelne Länder der Herausforderung des Klimawandels stellen, hat zugenommen, neue Bündnisse sind sichtbar geworden. China spürt den wachsenden Druck, einer gewachsenen Verantwortung gerecht zu werden, die USA wollen nicht völlig isoliert werden. Die Zeit war aber noch nicht reif, daraus etwas wirklich Substantielles zu Papier zu bringen. Der Austritt Kanadas aus dem Kyoto-Protokoll belegt ebenso die Fragilität des internationalen Prozesses und offenbart die Notwendigkeit des klaren Handelns auf europäischer und nationaler Ebene.

156 – Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und Bündnis90/Die Grünen zu der Abgabe einer Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Klimagipfels in Durban

Rente mit 67 aussetzen

Entscheidungen über die Zukunft der gesetzlichen Altersvorsorge können nicht von der Situation der Arbeit und des Arbeitsmarktes abgekoppelt werden. Der für das Jahr 2012 vorgesehene Einstieg in die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre ist auszusetzen, weil die Voraussetzungen für die Erhöhung gegenwärtig nicht gegeben sind. Ein Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters ist erst dann möglich, wenn die rentennahen Jahrgänge, also die 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mindestens zu 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Dazu ist es unverzichtbar, die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter im bisherigen Umfang zu nutzen. Mit den Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und in der Weiterbildung, wie sie zur Zeit vollzogen werden, entzieht sich die Bundesregierung ihrer Verantwortung, eine längere Beschäftigung für Ältere zu ermöglichen.

157 – Entschließungsantrag der Fraktion der SPD vom 13. Dezember 2011

Impressum

Herausgeber & V.i.S.d.P.: Dr. Martin Schwanholz, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin,
Redaktion: Dr. Martin Schwanholz, Vera Heitmann

Die "Nachrichten aus Berlin" erscheinen sitzungswöchentlich. Sie dienen der Information der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Region Osnabrück über politische Ereignisse, gesetzgeberische Maßnahmen und Vorhaben der Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion und des Deutschen Bundestages. Sie stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar. Diese sind als solche gekennzeichnet. Unter den jeweils angegebenen Nummern sind die vollständigen Texte im Berliner Abgeordnetenbüro erhältlich.